

Zeitschrift: Geistesfreiheit
Herausgeber: Freigeistige Vereinigung der Schweiz
Band: 4 (1925)
Heft: 9

Artikel: Der Bankerott der Staats- und Sozialpolitik des Vatikans : [Teil 3]
Autor: Kramer, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-407238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leider gelang es trotzdem nicht, die Reaktion aufzuhalten, denn gerade für kulturelle Aufgaben fehlt dem Staate das Geld. Die Kirche jedoch weiß diese Zeit des Durchsorgens wohl auszunützen. Dazu kommt, daß unsere Sache politisch aussichtslos ist infolge der unglücklichen Heirat der Sozialisten mit dem Zentrum, jenem jede Freiheit unterdrückenden Pakt zur Aufrechterhaltung der Republik. Wohl besteht verfassungsgemäß keine Staatskirche; aber der betreffende Verfassungsartikel ist bis heute nicht durchgeführt worden. Die Kirche bezieht Millionen vom Staat und ist namentlich deshalb so mächtig, weil der größte Teil der freigeistigen Arbeiter nicht in Freidenkerorganisationen zusammengeschlossen ist. Noch sind die meisten Schulen christlich; $\frac{2}{3}$ protestantisch, $\frac{1}{3}$ katholisch. Die Zahl der nach der Revolution entstandenen Laienschulen ist gering. Für diese gilt es besonders einzustehen, um die Zukunft zu gewinnen. In den Jahren 1919/22 erfolgten ca. 1 Million Kirchengaustritte. Das größte Organ ist der «Freidenker» (Freidenkerbund für Feuerbestattung) mit einer Auflage von 300 000 Exemplaren. «Der Atheist» (proletarische Freidenker) erscheint in 80 000, «Die Geistesfreiheit» (Volksbund für Geistesfreiheit) in 30 000 Exemplaren. Die erstgenannte Organisation ist seit 1918 groß geworden. Besonders sympathisch berührt deren konsequente Stellung der Kirche gegenüber, indem der Kirchengaustritt Bedingung für die Mitgliedschaft ist. Die 1000 Gruppen dieser Organisation umfaßten im Jahre 1924 rund 420 000 Mitglieder. Ihr Organ ist ganz in den Dienst der Freidenkerbewegung gestellt. Wie in den übrigen Ländern war es vor allem auch in Deutschland der Krieg, wohl der stärkste Beweis gegen das Dasein Gottes, der vielen die Augen öffnete. Wem sie da nicht aufgegangen sind, dem kann nicht geholfen werden. Zugleich hat der Krieg allen Freidenkern ausdrücklich zur Gewißheit gebracht, daß sie vor allem Pazifisten sein müssen, Kämpfer mit Geisteswaffen.

Der Sprecher *Englands*, der sich als Uebersetzer von Haeckels Werken besonders verdient gemacht hat, konstatiert, daß in seinem Lande $\frac{2}{3}$ den Glauben verloren, mit der Kirche nichts mehr zu tun haben. Die Arbeiterpartei ist merkwürdigerweise die religiöseste. Die einzig treuen Gegenkirchlichen sind die Kommunisten. England entkirchlicht sich langsam, aber sicher. Was an uns Freidenkern liegt, soll getan werden, den Prozeß zu beschleunigen, denn niemals gab es etwas Schöneres, als sich für die Freiheit zu schlagen.

In *Holland* soll heute ein Gesetz betr. Gotteslästerung aus dem Jahre 1806 wieder ausgegraben werden. Die Klerikalen operieren mit der bekannten Lüge, der freie Gedanke führe zur Unsittlichkeit, trotzdem die Statistik über die Kriminalität schlagend das Gegenteil beweist. Auch läßt es die Kirche nicht an Drohungen fehlen; so drohte uns ein Bischof mit Gewalt, wenn wir es wagten, in der katholischen Provinz Limburg eine Freidenkerversammlung zu organisieren. Wir antworteten mit einer öffentlichen Tagung von unerwartetem Erfolg. Aber auch die Calvinisten, die keine Lebensfreude kennen, überbieten sich in lächerlichen Maßnahmen gegen den «entsittlichenden» modernen Geist. Einige Münsterchen: Es ist Männern und Frauen verboten, sich ins Gras zu setzen, öffentliches Tanzen wird untersagt, selbst im Sport wittert man Unsittlichkeit, daher der Widerstand gegen die Olympiade, weil die Oberkörper entblößt würden, etc. Trotz diesen verzweifelten Anstrengungen der Kirche, das Volk unter ihrem Einfluß zu halten, hat auch in Holland die Kirchengaustritsbewegung zugenommen. Während man im Jahre 1870 nur 1000 Konfessionslose zählte, waren es 1920 bereits 534 000, in Amsterdam nicht weniger als der fünfte Teil der Bevölkerung. Wenn sich die Austritte in dieser Weise fortsetzten, gäbe es ums Jahr 2000 in Holland keine Kirchlichen mehr.

Die Freidenkerorganisationen in *Belgien* sind auf 20 000 Mitglieder angewachsen. In Anvers steht den Katholiken dieselbe Anzahl Freidenker gegenüber. Die Entchristlichung des Volkes wird besonders von der freien Jugend mit Eifer verfolgt. Ein Kinderfest ersetzt die Konfirmation. Ein erstes Waisenhaus der Freidenker konnte 80 Kinder aufnehmen. Zu antikirchlicher Propaganda wird vor allem der 13. Oktober benützt. Wir werden nicht ruhen, bis das Ferrer-

Denkmal wieder aufgerichtet wird. Trotzdem die sozial-klerikale Regierung für unsere Bestrebungen nicht günstig ist, wäre es ein Irrtum zu glauben, die Sozialisten würden die Klerikalen schonen. Sie nützen im Gegenteil die Zeit, das Volk aufzuklären und die Jugend im freien Geiste zu erziehen.

Trotz bester Aussichten gelang es bis heute nicht, in der *Tschecho-Slowakei* die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen. Auch hier paktieren die Sozialisten, wie in Belgien und Deutschland, mit den Klerikalen und binden sich dadurch die Hände. Immerhin haben die Katholiken einen gewaltigen Rückgang zu verzeichnen; innert 3 Jahren haben sie 3 330 000 Anhänger eingebüßt. Nach den Katholiken weisen die Freidenker mit $1\frac{1}{2}$ Millionen Mitgliedern die größte Zahl auf. Bereits konnten sie 2 eigene Waisenhäuser eröffnen. Die 5 freigeistigen Organisationen arbeiten parallel in 100 Lokalgruppen und lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, um durch groß angelegte Veranstaltungen in die Öffentlichkeit zu treten. C. F. (Forts. folgt.)

Der Bankeroff der Staats- und Sozialpolitik des Vatikans.

Kurt Kramer, Leipzig.

(Aus den «Monistischen Monatsheften».)

(Schluss.)

Zunächst hält er (der Vatikan. Red.) die Klassenunterschiede nicht bloß für eine unabänderliche Tatsache, sondern für einen wünschenswerten Zustand. Er leugnet die grundsätzliche Gleichberechtigung aller Menschen und spricht aus, «daß die Kirche eine Ungleichheit unter den Menschen . . . auch in bezug auf den Besitz von Gütern für weit ratsamer und nützlicher hält.» Zur Aushilfe proklamiert die Kirche «die Pflicht der Besitzenden zum Almosen», den sie als eine höchst vollkommene und von der bürgerlichen Gesellschaft untrennbare Einrichtung, ansieht. Aber sie nimmt durchaus nicht Anstand, davor zu warnen, daß die Reichen in ihrem frommen Eifer etwa des Guten zuviel tun könnten. «Es besteht nicht einmal die Verbindlichkeit», so ruft sie ihren Lieblingsschaften zu, des Almosens wegen auf standesgemäße und geziemende Ausgaben zu verzichten!¹⁰⁾ Der hl. Vater versäumt es hier, auf die zahlreichen Stellen des Neuen Testaments hinzuweisen, die überzeugend von dem standesgemäßen Auftreten dessen, der ihn zum Statthalter ernannt haben soll, handeln! Seiner Auffassung nach ist die Not der Armut lediglich eine geistige, religiöse Not. Seine größte Besorgnis ist, daß «bei den Arbeitern die Religion gefährdet ist, indem ihnen nicht genügend Zeit und Gelegenheit zu ihren gottesdienstlichen Pflichten gelassen wird». Da «das Wohl des Staates und der Religion so verbunden» seien, «daß das, was dieser entzogen werde, in demselben Maße der Untertanentreue und Majestät der Obrigkeit entgehe», so bietet er «Fürsten und Völkern» die Mittel der Kirche Gottes «zur Abwehr der Pest des Sozialismus» an, die stärker seien als die Macht der Gesetze, Behörden und Soldaten. Als «Wurzel aller Uebel» bezeichnet er «die Gier nach den gegenwärtigen Gütern»; er fürchtet die Gefahr, daß der Sittlichkeit der Arbeiter «Gefahr drohe durch die Art und Weise von gemeinschaftlicher Verwendung beider Geschlechter bei der Arbeit oder durch andere Verlokungen zur Sünde.»¹¹⁾ Die Kinderarbeit billigt er dagegen unter der Voraussetzung «menschensfreundlichster Fürsorge.»

Das Koalitionsrecht*) der Arbeiter verwirft er grundsätzlich, da die gemeinsame Arbeitseinstellung «nicht bloß den Arbeitgebern mitsamt den Arbeitern zum Schaden gereiche, sondern auch Handel und Industrie, überhaupt den ganzen öffentlichen Wohlstand benachteilige.» Er behauptet, «daß viele dieser Vereine (Gewerkschaften) einer einheitlichen geheimen Leitung gehorchen und Einrichtungen haben, die dem Wohle der Religion und des Staates nicht entsprechen» und «darauf ausgehen, ein gewisses Arbeitsmonopol in ihre Hand zu bringen.» Während man niemals gehört hat, daß der Vatikan irgendwelchen Tadel der kapitalistischen Monopolisierung gegenüber geäußert hätte, spricht

Anmerkungen des Verfassers am Schluss.

*) Recht auf Zusammenschluss. Red.

er der Arbeiterklasse die einzige wirtschaftliche Waffe, die sie besitzt, ab, nachdem er ihr bereits alle Mittel der politischen Selbsthilfe verweigert hat. Gleichzeitig macht er sich ans Werk, den Organisationen das Wasser abzugraben. «Da die Anhänger des Sozialismus besonders unter jener Menschenklasse sich finden, die ein Handwerk treiben oder um Lohn arbeiten . . ., so scheint es zweckmäßig, die Handwerker- und Arbeitervereine zu fördern, die unter dem Schutze der Religion alle ihre Mitglieder zufrieden mit ihrem Lose und geduldig in der Arbeit machen und zu einem ruhiger und friedlichen Leben anleiten.» Daß die katholischen Gewerkschaften durchaus nicht einer demokratischen Idee entsprungen sind, ist gewiß. Noch 1901⁹⁾ wies Leo XIII. diesen Gedanken zurück: «Das Wort Demokratie bedeutet allerdings etymologisch und im philosophischen Sprachgebrauch die Volksherrschaft; im vorliegenden Falle ist es jedoch so zu verstehen, daß jede politische Vorstellung ausgeschlossen ist und es nichts anderes bezeichnet, als eben die mildtätige christliche Bewegung für die Volkswohlfahrt.» In Wahrheit ist der Hauptzweck der schwarzen Gewerkschaften lediglich der gewesen, das katholische Proletariat unter der Despotie seines Klerus zu halten. «Das religiöse Element muß dem Vereine zu einer Grundlage seiner Einrichtungen werden. Die Religiosität der Mitglieder soll das wichtigste Ziel sein, und darum muß der christliche Glaube die ganze Organisation durchdringen.» All diese Gedankengänge sind noch 1912 (24. 9.) durch Pius X. in seinem Rundschreiben *Singulari quadam* als maßgebend bezeichnet worden. Auf diesem Wege gelangt die päpstliche Politik zu ihrem großen Ziele, der Beendigung des Klassenkampfes: «Dann werden beide Teile (die besitzende und die arbeitende Klasse) in dem Bewußtsein leben, daß ein gemeinsamer Vater im Himmel alle Menschen geschaffen und alle für das gleiche Ziel bestimmt hat, für den Lohn der Guten, welcher Gott selbst ist, der allein die Menschen und die Engel in vollkommener Seligkeit beglücken kann . . . Würde nicht aller Streit in kurzer Frist erledigt sein, wenn diese Wahrheiten in der bürgerlichen Gesellschaft zu voller Anerkennung gelangten?»⁹⁾

Wir haben diese Ausführungen gemacht, um einen Maßstab zu gewinnen für die Geschwindigkeit, mit der der Katholizismus sich auf der Bahn des Niederganges bewegt. Die Gedankenwelt, in der sich die höchsten Vertreter der katholischen Kirche während des dem Kriege voraufgehenden Menschenalters (1878—1914) bewegt haben, ist zusammengebrochen. Nicht nur die theologische, sondern auch die idealistische Geschichtsauffassung ist in dem Blutmeer des Weltkrieges untergegangen. Fast alle Großmächte der Erde haben die angemaßte Suprematie*) Roms abgeschüttelt; das monarchistische System, das der Papismus als das gottgewollte bezeichnet hat, ist bis auf einen Schatten ausgelöscht. Der demokratische Gedanke ist in unaufhaltsamem Fortschritt, und die Souveränität des Volkes ist ihrer Zukunft sicher. Der Sozialismus, von dem wütenden Hasse Roms verfolgt, ist siegreich, und einer seiner Vertreter steht an der Spitze eines Weltreiches (Dieser Artikel wurde geschrieben, als noch Ebert deutscher Reichspräsident war. Red.) Die Menschheit glaubt nicht mehr an die Friedenssermone Roms. Sie ist überzeugt, daß der Vatikan Ursache hat, seine geheimen Archive verschlossen zu halten, und daß die Beichtväter der Fürstinnen um vieles mehr wissen, als die «Heilige Schrift» verrät.

Werden aber diejenigen, die den Fortschritt wollen, sich mit Schmähungen und Fanatismus auf das Glaubensgebäude Roms stürzen? Werden sie, um die Finsternis zu besiegen, sich in die katholischen Dogmen verbeißen? Um keinen Preis. Der völlige Sturz des Christentums und der Kirche wird geschehen, sobald der Staat restlos seine Pflichten gegenüber der Gesellschaft erfüllt; denn damit wird er jene eiserne Stärke erhalten, deren er bedarf. Es ist lächerlich, daß es in einem Staate Organisationen gibt, die die Grundsätze seiner Verfassung leugnen und doch seinen Schutz verlangen; der starke Staat wird sie auffordern, die Verfassung zu beschwören. Es ist widersinnig, daß der Staat Organisationen duldet, die teilweise seine Gesetze leugnen und sie durchkreuzen, und die Freiheit, die der Staat seinen Bürgern gewährt, beschränken. Es ist verwerflich, daß der Staat In-

*) Oberherrschaft. Red.

dividuen das Bürgerrecht zugesteht, die auf ihre persönliche Freiheit feierlich Verzicht geleistet haben; es gibt kein Recht, das dem Bürger gestattet, sich seiner Freiheit zu entäußern. Es ist ungeheuerlich, daß der Staat Einrichtungen duldet, die von verbrecherischen Handlungen Kenntnis nehmen dürfen, ohne die öffentliche Gewalt zu unterrichten; die dem Verbrecher die Gewissenslast seiner Handlungen abnehmen und erleichtern. Alles das sind unduldbare Uebergriffe gegen Staats- und Menschenrecht, die ein starker Staat, ohne hiermit irgend einem Vorurteil zu unterliegen oder berechtigte Gewissensfreiheiten anzutasten, unmöglich machen muß.

Der starke Staat wird, um der wahren Demokratie willen, diese Demokratie auf einem Erziehungssystem begründen, das die ganze junge Generation bis zur Wurzel erfaßt und die Auslese der Fähigen nicht der Masse der Einsichtlosen überläßt. Verwirklicht der Staat diesen Leitsatz: «*La carrière ouverte aux talents*» (Dem Talente freie Bahn. Red.), ohne Rücksicht auf Klassen- und Besitzunterschiede, so wird kaum eine der kirchlichen Laufbahn würdige «Grundsuppe» zurückbleiben.

Der wohlgeleitete Staat wird eine wohlorganisierte Wirtschaft umspannen. Der «himmlische Schwung», mit dem die Kirche die Almosen der «Standesgemäßen» eingesammelt hat, wird gegenstandslos werden.

Zwar wissen wir wohl, daß die Kirche über eine Anzahl weltlicher Waffen verfügt, die deshalb wirksam sind, weil die staatliche Organisation so viele Blößen aufweist. Aber wir brauchen diese Waffen nicht zu fürchten. Denn wir nähern uns einer Grenze, jenseits derer es nicht mehr heißen wird: hie Katholizismus — hie Ketzertum, sondern: hie Weltfeindschaft — hie volles Menschentum. Der Katholizismus bedarf der Armut; sie ist seine ökonomische Basis. Er bedarf der Unbildung; sie ist die Grundlage des Dogmenglaubens. Er sieht mit Wohlgefallen, daß der Staat geistige Werte beiseite stößt: hier ist das Material für die Soldaten der Kirche. Der Katholizismus bedarf der dogmatischen unlösbaren Einehe; denn die patriarchale Familie hindert den Staat, sich seiner jungen Bürger erzieherisch zu bemächtigen. Er bedarf der Niederhaltung des weiblichen Geschlechts, um den Nimbus seiner Sakramente und des Zölibates aufrechtzuerhalten. Wir aber kämpfen für die Machtergreifung des vollkommenen Staates, für gerechte Verteilung der erzeugten Güter, für weltliche Wissenschaft, für eine Erziehung, die alle Werte zu fördern vermag, für eine vernünftige Ehegesetzgebung, für vollkommene Gleichberechtigung der Geschlechter. Stellen wir uns so unermüdlich in den Dienst des sozialen Fortschrittes, so wird der Augenblick des Triumphes nicht mehr fern sein. Freudig werden die Massen, auf denen heute noch die politische Macht der römischen Kirche beruht, das geistige Joch abschütteln, weil es sie hindert, dem Staate zu dienen, der kommen wird!

⁹⁾ Rundschreiben *rerum novarum*. 15. 5. 1891.

¹⁰⁾ *Quod Apostolici muneris*. 28. 12. 1878.

¹¹⁾ *Graves de communi*. 18. 1.

In- und Ausländisches.

Zum Tode Vivianis. In der Aprilnummer der «Geistesfreiheit» wurde die Schadenfreude gezeigelt, mit der die klerikale Presse berichtete, daß René Viviani in einer Irrenanstalt versorgt werden mußte. Heute können wir unsern Lesern servieren, was die nämliche pfäffische Quelle vor drei Wochen beim Tode dieses Staatsmannes zutage förderte, dem es bei seinem «fanatischen» Kampfe gegen die Kirche wie allen Radikalsozialisten «nicht um den Schutz des Staates vor angeblichen kirchlichen Uebergriffen und vor den «gefährlichen» Orden, auch nicht um die Lahmlegung der Macht Roms, sondern um die «Ausrottung des Gottesbewußtseins im Herzen des französischen Volkes» zu tun gewesen sei. Die «Neuen Zürcher Nachrichten» schreiben: «Nun ist das Lebenslicht Vivianis von einem Mächtigeren ausgeblasen worden, während die Lichter, die Viviani einst gelöscht zu haben wähnte, überall wieder frisch aufflackern.» Das Blatt spielt dabei auf einen Ausspruch vom «Auslösen der Himmelslichter» an, den Viviani bei Uebernahme des neugeschaffenen Arbeitsministeriums getan hat.